

Für transparente Soziale Medien – Mit klaren Regeln für demokratische Werte

Neue Kommunikation im Alltag

Soziale Medien spielen im Alltag eine wichtige Rolle: Nie war es einfacher, mit anderen in Kontakt zu bleiben, sich zu informieren oder eigene Ideen und Gedanken zu teilen. Mit 65,5 Millionen Menschen nutzen derzeit rund 77,6 Prozent der Menschen in Deutschland soziale Medien.¹ Die meistgenutzten Plattformen im Jahr 2024 waren Instagram, Facebook, TikTok und Snapchat.² Vor allem TikTok verzeichnet in den letzten Jahren einen starken Zuwachs von Nutzer*innen. Auch Kinder und Jugendliche bewegen sich vermehrt auf Sozialen Medien; gut zweieinhalb Stunden pro Wochentag sind sie auf Plattformen aktiv.³ Die zunehmende Verwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) ist eine weitere Entwicklung, die politisch und gesetzgeberisch eng begleitet werden muss.

Entwicklung der EU-Gesetzgebung

Die Europäische Union hat mit dem Digital Services Act 2022 einen zentralen rechtlichen Rahmen für die Einhaltung digitaler Grundregeln, Transparenz und Beschwerdemöglichkeiten geschaffen.⁴ Daneben wird einem verbesserten Datenschutz mit der vor sechs Jahren beschlossenen Datenschutz-Grundverordnung Rechnung getragen.⁵ Auf Bundesebene haben wir uns für eine zügige Umsetzung in nationales Recht eingesetzt und diese mit dem Digitale-Dienste-Gesetz auch erreicht.⁶ Grundsätzlich gilt: Was offline illegal ist, ist auch online illegal und muss verfolgt werden, unkontrollierte Datennutzung und -weitergabe wird unterbunden, der Jugendschutz deutlich verbessert. Bis 2027 soll der Digital Services Act (DSA) von der Europäischen Kommission auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

Die vier größten Herausforderungen durch Soziale Medien

1. Beeinflussung von Wahlen und demokratischen Diskursen

Demokratiebewegungen in aller Welt nutzen die Chancen, die Soziale Medien zum Austausch, zur Vernetzung und zur Organisation bieten. Gleichzeitig müssen Wahlen als zentrales Element eines demokratischen Rechtsstaats vor manipulativer externer Einflussnahme geschützt werden. Autokratische Staaten wie Russland oder China haben diese Schwäche demokratischer Staaten durch unregulierte Soziale Medien längst erkannt: Systematisch werden Falschinformationen verbreitet,

¹ Datareportal.com: Digital 2025: Germany, <https://datareportal.com/reports/digital-2025-germany>

² ARD/ZDF-Medienstudie 2024, <https://www.ard-media.de/media-perspektiven/publikationsarchiv/detailseite-2024/ard-zdf-medienstudie-zahl-der-social-media-nutzenden-steigt-auf-60-prozent>

³ Studie der DAK und des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf: https://www.dak.de/presse/bundes-themen/kinder-jugendgesundheit/dak-suchtstudie-millions-kinder-haben-probleme-durch-medienkonsum-_91832

⁴ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022R2065>

⁵ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>

⁶ Bundesregierung: Digitale-Dienste-Gesetz - Sicher im Netz unterwegs: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitale-dienste-gesetz-2250526>

um die Bevölkerung aufzuhetzen, demokratische Institutionen verächtlich zu machen und rechts-extreme Parteien wie die AfD zu stärken. Ein wichtiges Ziel ist dabei, Angst und Unsicherheit zu verbreiten:

„Interne Dokumente der kremlnahen Agentur SDA, die WDR, NDR und SZ auswerten konnten, zeigen, wie die Stimmung in Deutschland beeinflusst werden soll. Ein Ziel: Die Deutschen sollen möglichst viel Angst vor der Zukunft bekommen.“⁷

Die Einflussnahme über Soziale Medien geht sogar so weit, dass teils arglose Personen für Spionage- und Sabotageaktionen oder für Anschläge angeworben werden. Im Vorfeld von Wahlen ist diese Gefahr besonders groß. Ein weiteres Beispiel: Durch eine Recherche des Nachrichtenmagazins Der Spiegel wurde offengelegt, wie sich hunderte Rechtsextreme vernetzten und Anschläge in Deutschland planteten. Der Anbieter der Plattform mit Sitz in Dubai ist für deutsche Strafverfolgungsbehörden schwer erreichbar und geht nicht entschlossen gegen die Nutzung des Dienstes durch terroristische Gruppen vor. Dies führt zu erheblichen Sicherheitsproblemen und Gefahren für die Öffentlichkeit, gegen die sich unsere Demokratie wehrhaft zeigen muss.

Eine systematische Übersichtsstudie unter Beteiligung des Max-Planck-Instituts fand Zusammenhänge zwischen dem abnehmenden Vertrauen in etablierte Demokratien und der Nutzung von Sozialen Medien.⁸ Hier scheinen speziell intransparente Algorithmen zu einer sich selbst verstärkenden Spaltung der Gesellschaft beizutragen. Der Unterschied von (gesteuerten) Meinungen und Fakten ist für viele Nutzer*innen nur noch schwer erkennbar.

„Je lauter politische Minderheiten in den sozialen Netzwerken schreien, desto stiller wird die demokratische Mehrheit. Hass, Hetze und Propaganda gedeihen in Echokammern besonders gut, dadurch wird die Wahrnehmung im politischen Diskurs verzerrt.“⁹

Wegen der Risiken im Zusammenhang der Manipulation von Wahlen hat die EU-Kommission im Dezember 2024 ein Verfahren gegen TikTok wegen des Verstoßes gegen den Digital Services Act eingeleitet.¹⁰

2. Rechtswidrige und strafbare Inhalte

Strafbare Inhalte in Sozialen Medien können über die Plattformanbieter gelöscht und z.B. bei der zentralen Meldestelle des Bundeskriminalamts zur Anzeige gebracht werden. In der Praxis funktioniert das Löschen von strafbaren Inhalten oft schlecht und die Meldefunktionen sind nicht immer leicht erkennbar. Inwieweit automatisiert, z.B. durch KI, rechtswidrige Inhalte systematisch identifiziert und gelöscht werden, ist unklar. Nach Angaben der Betreiber wird nur ein geringer Teil der gemeldeten Inhalte entfernt.

„Die neuen Transparenz-Berichte zeigen: Nur wenige gemeldete Beiträge werden entfernt
Twitter: 829.370 gemeldet, 118.938 entfernt (14,3 %).
Facebook: 170.233 gemeldet, 22.826 entfernt (13,4 %).
Instagram: 63.696 gemeldet, 5.566 entfernt (8,7 %).

⁷ tagesschau.de: Tiefe Einblicke in Putins Lügenmaschine, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-propaganda-fakenews-sda-deutschland-100.html>

⁸ Nature Human Behaviour: A systematic review of worldwide causal and correlational evidence on digital media and democracy, <https://www.nature.com/articles/s41562-022-01460-1>

⁹ Max-Planck-Gesellschaft: In der Echokammer - Freiheit in den sozialen Medien ist eine Illusion: Algorithmen geben vor, welche Inhalte die Nutzer und Nutzerinnen lesen, <https://www.mpg.de/21730745/soziale-netzwerke-echokammern>

¹⁰ Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland: EU-Kommission leitet förmliches Verfahren gegen TikTok wegen Risiken bei Wahlen ein, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-leitet-formliches-verfahren-gegen-tiktok-wegen-risiken-bei-wahlen-ein-2024-12-17_de

TikTok: 226.479 gemeldet, 34.727 entfernt (15,3 %).¹¹

Demgegenüber hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Falle des Konzerns Meta erst kürzlich klargestellt, dass die Kenntnis rechtswidrig geposteter Inhalte Plattformbetreibende zur Löschung sinn- und kerngleicher Posts verpflichtet.¹²

Auf Druck der US-Regierung werden zudem Moderationsschwellen abgesenkt. Seit Januar erlaubt der Anbieter Meta, der mit Instagram und Facebook zwei der größten sozialen Netzwerke betreibt, die „Unterstellungen von psychischer Erkrankung oder Anomalien, wenn sie auf geschlechtlicher oder sexueller Orientierung basieren“.¹³ Damit wurden bestimmte Gruppen, die ohnehin schon unter Diskriminierung leiden, für Beleidigungen freigegeben. Menschenfeindliche Äußerungen, wie rassistische, sexistische und antisemitische Kommentare bleiben weiterhin ein großes Problem.

3. Digitale Gewalt

Die Verbreitung von digitaler Gewalt ist ein weiteres großes Problem in den Sozialen Medien. Neben der Herausforderung für Betroffene, sich gegen den Hass zu wehren, kann eine Kultur der Angst entstehen, wenn Betroffene keine oder nur wenig Unterstützung erhalten. Durch das von der EU angestoßene Digitale-Dienste-Gesetz haben Nutzer*innen hier mehr Rechte erhalten, sie können jetzt z.B. eine zweite Überprüfung gemeldeter Beiträge einfordern und sich beschweren. Dennoch ist das neue Gesetz noch keine ausreichende Lösung, denn Beleidigungen und Hass sind in Sozialen Medien weit verbreitet:

„Junge Erwachsene sind häufiger betroffen. 63,1 % der befragten 18- bis 27-Jährigen geben an, schon digitale Gewalt beobachtet zu haben. Fast ein Drittel (29,6 %) war bereits selbst betroffen. Unter den über 43-Jährigen waren es demgegenüber nur 9,2 %. Erfahrungen mit digitaler Gewalt werden öfter von Personen berichtet, die angeben, dass sie ein Diskriminierungsmerkmal besitzen.“¹⁴

Einen eigenen Aspekt bildet hier bildbasierte sexualisierte Gewalt. Dazu gehört beispielsweise die sog. Sextortion, also die Drohung, Nacktfotos oder sexuell explizite Bildaufnahmen zu verbreiten oder auch sexualbezogene Deepfakes, die häufig über soziale Medien verbreitet werden. Als Form geschlechtsspezifischer Gewalt werden dabei auch bestehende männlich dominierte Strukturen verfestigt und gestärkt.

Ebenfalls problematisch ist, dass digitale Gewalt zunehmend Menschen abschreckt, sich für die Demokratie zu engagieren bzw. sich aktive Menschen aus der Politik zurückziehen. Frauen sind davon besonders betroffen. Digitale Gewalt greift damit den demokratischen Rechtsstaat in seinem Kern an, der auch aus dem Engagement unzähliger haupt- und ehrenamtlich aktiver Menschen besteht.

4. Sicherer Datenschutz

¹¹ Hate Aid: Transparenzberichte: Wie Social-Media-Plattformen unsere Rechte umgehen, <https://hateaid.org/transparenzberichte-social-media-plattformen/>

¹² Oberlandesgericht Frankfurt: Kenntnis rechtswidrig geposteter Inhalte verpflichtet Plattformbetreiber zur Löschung sinn- und kerngleicher Posts, 16 U 65/22, <https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe/document/LARE240000173>

¹³ Meta Gemeinschaftsstandards: Hassgefülltes Verhalten, <https://transparency.meta.com/de-de/policies/community-standards/hateful-conduct/>

¹⁴ Hate Aid: Wie junge Erwachsene digitale Gewalt erleben und wie sie damit umgehen (Studie), <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2024/07/hateaid-studie-junge-erwachsene-2024.pdf>

Der sorgsame Umgang mit Nutzerdaten ist zentral für den Schutz vor unbefugtem Zugriff. Daten sollten nicht aus finanziellen Interessen an Dritte weitergegeben oder für Werbezwecke zeitlich unbegrenzt genutzt werden. So darf Facebook personenbezogene Daten für Werbezwecke nicht unbegrenzt speichern, wie der Europäische Gerichtshof vor kurzem entschieden hat.¹⁵ Zudem hat die EU-Kommission am 15. Mai 2025 in einer Einschätzung den Verstoß von TikTok gegen die Anzeigenregisterpflicht festgestellt.¹⁶ Die Durchsetzung eines starken Datenschutzes wird in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Aktuell überarbeitet die EU-Kommission bestimmte Regelungen der Datenschutzgrundverordnung, die aus einer datenschutzrechtlichen Perspektive kritisch zu beobachten sind. Neben einem konsequenten Datenschutz müssen gleichzeitig auch die Chancen und Potenziale einer verantwortungsvollen Datennutzung klar erkannt und genutzt werden.

So wollen wir Soziale Medien besser machen

Um Soziale Medien transparenter und sicherer zu gestalten sind neben der effektiven Anwendung bestehender Gesetze weitere Maßnahmen erforderlich. Wir als Grüne Landtagsfraktion wollen in Niedersachsen die Bildung für den Umgang mit den Sozialen Medien verbessern. Unsere Forderungen:

- Regulierung durchsetzen

Das Digitale-Dienste-Gesetz muss umfassend zur Anwendung kommen, bei Nichteinhaltung führt die Verhängung von hohen Bußgeldern erfahrungsgemäß zu größerer Gesetzestreue. Ein freier Meinungs austausch ist nur dann möglich, wenn dieser auch auf einer transparenten Grundlage entsteht. Wie die technische Umsetzung der Anzeige von Inhalten (Algorithmen) funktioniert, muss daher transparent gemacht und reguliert werden. Wenn Anbieter von Sozialen Medien für deutsche Behörden nicht erreichbar sind oder nicht gegen Terrorgruppen und Organisierte Kriminalität vorgehen, muss auch eine EU-weite Abschaltung als letztes Mittel erwogen werden. Die Bundesregierung steht hier gegenüber der Europäischen Kommission in der Verantwortung, auf die konsequente Umsetzung des DSA hinzuwirken. Der Digital Services Act sollte zudem bereits vor 2027 auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

- Machtkonzentration hinterfragen

Wenige große und gewinnmaximierte Unternehmen bestimmen über das Marktangebot für die Sozialen Medien, dies wollen wir auf den Prüfstand stellen und die Machtkonzentration bei Konzernen aus den USA und China kritisch hinterfragen. Für die Anbieter handelt es sich um ein reines Geschäftsmodell, auch deswegen wollen wir sie stärker in die Pflicht nehmen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, gemeinwohlorientierte Anbieter zu fördern und zu prüfen, welche Gesetzesänderungen dafür hilfreich sind. Ob Soziale Netzwerke auch in öffentlich-rechtlicher Form angeboten werden können, möchten wir zusammen mit der Öffentlichkeit diskutieren. Die härtere Gangart der Europäischen Kommission bei Gesetzesverstößen begrüßen wir ausdrücklich. Ein möglicher Missbrauch der Marktstellung kann auch durch die Kartellbehörden untersucht und geahndet werden. Wir begrüßen zudem die von der Bundesregierung geplante Digitalabgabe für große Tech-Konzerne ausdrücklich.

¹⁵ Gerichtshof der Europäischen Union: Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-446/21 | Schrems (Mitteilung von Daten an die breite Öffentlichkeit), <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-10/cp240166de.pdf>

¹⁶ Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland: DSA: Anzeigenregister von TikTok verstößt gegen Gesetz über digitale Dienste, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/dsa-anzeigenregister-von-tiktok-verstosst-gegen-gesetz-uber-digitale-dienste-2025-05-15_de

- Zugang zum Recht

Wir erkennen den hohen Wert der Anonymität im Netz an. Sie dient nicht nur dem Schutz der Privatsphäre von Bürger*innen, sondern hat gerade für politischen Aktivismus und marginalisierte Gruppen eine besondere Bedeutung. Dennoch sehen wir auch den Konflikt, der sich aus einer offenen Diskussionskultur einerseits und einem effektiven Rechtsschutz andererseits ergibt. In dieser Abwägung betrachten wir eine reine Klarnamenpflicht im Netz kritisch. Auch bei einer sog. internen Klarnamenpflicht, ähnlich dem Prinzip von Kfz-Kennzeichen, muss sichergestellt werden, dass die Klarnamen nicht bei den privaten Konzernen hinterlegt werden.

Unser Fokus liegt insbesondere darauf, den Zugang zum Recht auch im Netz besser durchzusetzen. Dafür müssen auf Bundes- und Europaebene Regelungen geschaffen und überarbeitet werden, die Auskunfts- und Löschungsansprüche für Privatpersonen realisierbar machen. Bei der Strafverfolgung in Sozialen Medien leistet die niedersächsische Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet einen wichtigen Beitrag.

- Soziale Medien-Bildung an Schulen

Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit mit der privaten Handynutzung. Der verantwortungsvolle Umgang mit Sozialen Medien muss schon in der Schule Thema sein, um Kinder und Jugendliche optimal zu schützen und ihre Medienkompetenz zu stärken. In Niedersachsen verankern wir das Thema Soziale Medien noch stärker in den Unterrichtsplänen. Für pädagogische Begleitung und Aufklärung haben wir bereits zusätzliche Fortbildungs- und Hilfsangebote ausgebaut und dafür finanzielle Mittel bereitgestellt.

Jugendmedienbildung kann aber nicht allein im schulischen Kontext stattfinden. Auch außerschulische Bildungsangebote und nicht-mediale Freizeitangebote müssen zum Schutz vor problematischem Medienkonsum gestärkt werden.

- Handykonzepte für Schulen

Die Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche hört mit dem Beginn des Schultags nicht auf. Um auch hier einen sicheren und jugendschutzorientierten Umgang zu gewährleisten, braucht es Handykonzepte für Schulen. Die bloße Verbannung mobiler Endgeräte aus dem Schulalltag kann dafür nicht die Lösung sein. Vielmehr bedarf es an Schulen im Sinne der Eigenverantwortung einer regelmäßigen Auseinandersetzung mit Nutzungsgewohnheiten und aktuellen Entwicklungen, um entsprechend der Gegebenheiten vor Ort gute Lösungen für den Umgang finden zu können. Es ist wichtig, dass das Land im engen Austausch mit Expert*innen wissenschaftlich fundierte und praxistaugliche Handlungsempfehlungen auf den Weg bringt, um Schulen eine klare Orientierung und Unterstützung zu geben.

Wir unterstützen die Schulen dabei, eigene Handynutzungskonzepte im Dialog mit Lehrkräften, Schüler*innen und Eltern zu erstellen.

- Klare Altersgrenze für Soziale Medien

Plattformen wie TikTok dienen nicht nur dem Austausch mit Freunden, sondern sind gerade für junge Menschen mit großen Risiken wie Mobbing, Hass, Hetze und Falschinformationen verbunden. Wir setzen uns für eine Altersbegrenzung von 14 Jahren für die Nutzung von Sozialen Medien ein, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen.

- **Jugendarbeitsschutz auf Sozialen Medien**

Durch sog. Influencer*innen-Marketing ist ein großer Markt entstanden, an dem nicht selten Kinder und Jugendliche beteiligt sind. Auch hierbei handelt es sich um Arbeit, die im Sinne des Jugendarbeitsschutzes reguliert werden muss. Gerade wenn es sich um ein Familien-Business handelt, müssen hier auch die Eltern in die Pflicht genommen werden.
- **Soziale Medien in der Erwachsenenbildung**

Auf Landesebene setzen wir uns für die Einführung von Bildungsangeboten für Erwachsene und insbesondere für Eltern ein. Wir möchten Eltern darin unterstützen, die Möglichkeiten und Gefahren von Sozialen Medien besser zu erkennen und ihre Kinder und Jugendlichen bei der altersgerechten Nutzung besser zu begleiten.
- **Unterstützung zuständiger Stellen**

Die Landesmedienanstalt sowie die Medienaufsicht benötigen auch ausreichende Ressourcen, um soziale Medien zu überwachen und problematische Inhalte zu bekämpfen. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Finanzierung dieser Institutionen ein. Wir begrüßen zudem den Beschluss von Bund und Ländern für einen gemeinsamen Aktionsplan gegen hybride Bedrohungen, der unter anderem einen Schwerpunkt auf Manipulationen und Falschinformationen in Sozialen Medien legt.¹⁷

Was wir bereits in Niedersachsen umsetzen

Viele Entscheidungen in Bezug auf Soziale Medien werden auf europäischer Ebene getroffen, hier bringen wir uns im Austausch mit dem EU-Parlament und der Kommission aktiv ein. Aber auch in Niedersachsen haben wir Handlungsspielräume: Neben der Diskussion um die Nutzung von sozialen Medien in Schulen wurde im Landtag auf unsere Initiative hin eine Informationsstelle für Opfer bildbasierter sexualisierter Gewalt beschlossen. Über den Landesaktionsplan gegen Rassismus fördern wir Schutzmaßnahmen gegen digitale Hetze und in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet wird eine KI-gestützte Anwendung gegen digitalen Hass erprobt. Zudem setzen wir uns für die bedarfsgerechte Ausstattung der zentralen Ansprechstelle gegen hybride Bedrohungen in Niedersachsen ein.

Ausblick

Die Nutzung von Sozialen Medien wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, vor allem die Zahl der älteren Nutzer*innen steigt und für viele Menschen werden die sozialen Medien zur Hauptinformationsquelle. Vor diesem Hintergrund wird es noch wichtiger, gegen gezielte Falschinformationen, Hasskriminalität und Terrorpropaganda vorzugehen. Nur wenn die Anbieter der Plattformen gesetzlich stärker in die Pflicht genommen und bei Verstößen empfindliche Strafen verhängt werden, sind Grundregeln des friedlichen Zusammenlebens und demokratische Werte ausreichend geschützt. Nutzen wir gemeinsam die Chancen der digitalen Welt. Mit klaren Spielregeln gewinnen alle.

¹⁷ Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 20. Juni 2024: Hybride Bedrohungen – Gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975196/2293456/5c410ce36b35df262a561e506fcbc961/2024-06-21-top3-hybride-bedrohungen-data.pdf?download=1>